

ONLINE-KONSULTATION: AG-PROTOKOLLE

Dokumentation 1. Forum Endlagersuche

20. - 21.Mai 2022 Halle 45 in Mainz und online (hybrid)



Wie funktioniert die Online-Konsultation der AG-Protokolle?

Als Teilnehmende des Forums Endlagersuche sind Sie herzlich einladen, die Protokolle der Arbeitsgruppen vor der Veröffentlichung als Bestandteil der finalen Dokumentation gegenzulesen und uns Ihre Kommentare, Hinweise und möglichen Fragen mitzuteilen.

In diesem Dokument sind die AG-Protokolle in einem Dokument zusammengefasst und entsprechend chronologisch sortiert, d.h. zuerst steht das Protokoll der AG 1, dann das Protokoll der AG 2 und am Schluss das Protokoll der AG 8. Das Dokument hat eine fortlaufende Zeilennummerierung.

Bitte schicken Sie uns Ihre Anmerkungen, Hinweise und Fragen uns per Email an beteiligung@base.bund.de. Unter Angabe der jeweiligen Zeilennummer ordnen Sie Ihre Anmerkungen eindeutig einer Textstelle (Zeilennummern) zu.

Wichtig ist: Bitte kommentieren Sie nur die Protokolle der AGs, an denen Sie als Teilnehmer:in beteiligt waren.

Was geschieht mit Ihren Anmerkungen und Hinweisen?

Ihre Kommentare und Hinweise werden in anonymer Form in die Dokumentation des Forums Endlagersuche aufgenommen. In der finalen Dokumentation finden die potentiellen Leser:innen demnach die AG-Protokolle, wie Sie diese jetzt zur Konsultation vorgelegt bekommen, sowie die Kommentare und Hinweise aus der Online-Konsultation.

Inhaltsverzeichnis

rste Arbeitsgruppenphase, AG 1 bis AG 4 (21.05.22, 10:15-12:45)	. 3
1.1 AG 1 Methodenentwicklung: Was leisten die vorläufigen Sicherheitskonzepte und Endlager- Auslegungen in der Methodenentwicklung?	4
1.2 AG 2 Methodenentwicklung: Was kann alles passieren, was kann alles schiefgehen? Welche (un)wahrscheinlichen Ereignisse können im Verlauf von 1 Million Jahren eintreten?	6
1.3 AG 3 Methodenentwicklung: Welche Rolle spielen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftliche Abwägungskriterien in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)?	8
1.4 AG 4 Beteiligung: Beteiligung lernen: Herausforderung für Öffentlichkeit und Institutionen	
weite Arbeitsgruppenphase, AG 5 bis AG 8 (21.05.22, 14:00-16:15)1	15
2.1 AG 5 Methodenentwicklung: Wie werden Ungewissheiten eingeschätzt? Wo sind Forschung und Entwicklung besonders nötig?	16
2.2 AG 6 Methodenentwicklung: Wie werden Teiluntersuchungsräume zugeschnitten? Was tragen die Teiluntersuchungsräume zur Eingrenzung der Teilgebiete bei?	18
2.3 AG 7 Methodenentwicklung: Wie geht die Methodik der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) auf Besonderheiten der verschiedenen Wirtsgesteine ein?	20
2.4 AG 8 Beteiligung: Kriterien guter Beteiligung in diesem komplexen, langwierigen Prozess und deren Umsetzung wie Evaluation im Standortsuchverfahren	22



31

32

45

46

47

48

49

50

51

52

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

64

65

66

67

68

69

70

71

72

73

74

75

76

Erste Arbeitsgruppenphase, AG 1 bis AG 4 (21.05.22, 10:15-12:45)

- 33 Insgesamt gab es im Rahmen des Forums Endlagersuche acht thematische Arbeitsgruppen, die sich mit
- 34 unterschiedlichen Fragen zur Methodenentwicklung auseinandersetzten und die Möglichkeiten zur
- 35 Öffentlichkeitsbeteiligung diskutierten. Darüber hinaus wurde ein Themencamp angeboten, welchen allen
- 36 Interessierten die Möglichkeit bot, eigene Fragestellungen und Themen zur Standortsuche einzubringen und
- 37 mit anderen Teilnehmenden zu diskutieren. Aufgrund der geringen Teilnehmendenzahl fanden die
- 38 Themencamps jedoch nicht statt.
- 39 Für jede Arbeitsgruppe gab es Themenpat:innen aus dem PFE, die die Arbeitsgruppen inhaltlich wie
- organisatorisch vorbereitet haben und in der Umsetzung begleiteten. Die Ergebnisse jeder Arbeitsgruppe sind
- 41 in den folgenden Ergebnisprotokollen dokumentiert. Die AG-Protokolle wurden in einer zweiwöchigen Phase
- 42 nach der Veranstaltung öffentlich konsultiert.

43 AG 1 Methodenentwicklung - Was leisten die vorläufigen Sicherheitskonzepte und Endlager-Auslegungen in 44 der Methodenentwicklung?

- Wie könnte ein Endlager in einem einschlusswirksamen Gebirgsbereich aussehen?
- Wie unterscheiden sich Endlagerkonzepte im Steinsalz und im Tongestein?
- Wie erarbeitet die BGE eine Endlagerauslegung für kristallines Wirtsgestein?
- Welche Anforderungen muss ein Endlagerkonzept erfüllen?
- Wie stellt sich die BGE die Entwicklung von Behältern für die unterschiedlichen Wirtsgesteine vor? Oder genügt ein Behälter für alle Wirtsgesteine?

Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf vorläufige Auslegung des Endlagers für jeden

53 Untersuchungszeitraum: 8.6 (S. 35 f.)

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf Bewertung des Flächenbedarfs und der thermischen Verhältnisse: 4.2 (S. 116-124)

AG 2 Methodenentwicklung - Was kann alles passieren, was kann alles schiefgehen? Welche (un)wahrscheinlichen Ereignisse können im Verlauf von 1 Million Jahren eintreten?

- FEP-Listen: Features-Events-Processes internationale Standards
- Wie werden FEP-Listen entwickelt? Wobei helfen FEP-Listen? Wie lässt sich die Entwicklung eines Gesteins über lange Zeiträume prognostizieren? Wie lassen sich erdgeschichtliche Prozesse über lange Zeit vorhersehen?

Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf erwartbare und abweichende Entwicklungen des Endlagersystems (FEPs): 8.7.2 (S. 35 f.), und geowissenschaftliche Langzeitprognose, Beschreibung geogener Prozesse: 8.5.3 (S. 35)

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf erwartbare und abweichende Entwicklungen des Endlagersystems (FEPs) 8.2 (S. 456-510), sowie 5.3 (258-263), und 8.3 (S. 511 f.)

AG 3 Methodenentwicklung - Welche Rolle spielen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen und geowissenschaftliche Abwägungskriterien in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)?

- Warum werden die Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen erneut angewendet? Gilt das für jedes Gebiet oder nur in ausgesuchten Fällen? Und welche Fälle sind das dann?
- Wie stellt die BGE die Relevanz und Gewichtung von geowissenschaftlichen Abwägungskriterien bezogen auf ein bestimmtes Gebiet in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen fest?
- Hat das Einfluss auf die zweite Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien in Schritt 2 der Phase I?



Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen in den rvSU: 8.5.2 (S. 34), sowie in Bezug auf die Bewertung und Relevant geowissenschaftlicher Abwägungskriterien: 8.7.3 (S. 44 f.), 8.7.6 (S. 50)

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen in den rvSU: 5.4, 5.5 (S. 264-293) sowie bzgl. Der Bewertung und Relevanz der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien: 8.8 (S. 90-98)

AG 4 Beteiligung - Beteiligung lernen: Herausforderung für Öffentlichkeit und Institutionen

Beteiligung lernen: Transparenz und Nachvollziehbarkeit als Herausforderung für Öffentlichkeit und Institutionen. Was geschieht mit den Ergebnissen der Öffentlichkeitsbeteiligung?

- Partizipatives, lernendes und selbsthinterfragendes Verfahren
- Vorstellung der Beteiligungsformate und Erfahrungsaustausch
- Welche Herausforderungen stellen sich für die Behörden?
- Umgang mit den Ergebnissen der Öffentlichkeitsbeteiligung

93 94

95

77

78

79

80

81

82

83

84

85

86

87

88

89

90

91

92

- 1.1 AG 1 Methodenentwicklung: Was leisten die vorläufigen Sicherheitskonzepte und Endlager-
- 96 Auslegungen in der Methodenentwicklung?
- 97 Ergebnisprotokoll
- 98 21.05.2022, 10:30 12:45 Uhr
- 99 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 85 Personen (72 digital / 13 vor Ort) an der Veranstaltung teil.
- 100 Referent:innen: Dr. Thomas Loser (BGE mbH), Thomas Bever (BGE mbH), Prof. Dr. Röhlig (TU Clausthal)
- 101 AG-Pat:innen: Asta von Oppen (PFE), Bettina Gaebel (PFE)
- 102 Moderation: Dagmar Gebhardt

- 104 Vortrag Dr. Lohser, Hr. Bever (BGE mbH) siehe Seite 175
- 105 Vorstellung repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchung (rvSU) und vorläufige Sicherheitskonzepte (u.a.
- 106 Erläuterung der Unterschiede der Endlagerkonzepte für die drei Wirtsgesteine; Endlagerbehälterentwicklung;
- 107 Erläuterung Temperaturentwicklung und Platzbedarf für das Endlager je nach Teufe)
- 108 Vortrag Prof. Dr. Röhlig (TU Clausthal) siehe Seite 182
- 109 Vorstellung Kriterien für Endlagerkonzepte nach Endlagersicherheitsverordnung und Varianten zur Geometrie
- 110 des Endlagers
- 111 Zentrale Herausforderung ist lt. Prof. Röhlig die verbal-argumentative Begründung, die die BGE vornehmen
- 112 will. Die Entscheidung für die Auswahl bestimmter Konzepte und Auslegung aus der Vielzahl der Möglichkeiten
- müsse sehr gut begründet sein, damit es nachvollziehbar und verfahrenssicher sei. Er stellt das geplante
- Vorgehen der BGE infrage, ein behälterbasiertes Sicherheitskonzept im Kristallingestein nur zu verfolgen,
- wenn in einem Untersuchungsraum oder Teiluntersuchungsraum ein ewG nicht möglich ist. Hr. Röhlig
- berichtet, dass eine Stellungnahme der Entsorgungskommission (ESK) in den nächsten Tagen veröffentlicht
- werden solle, die die Festlegung einer wirtsgesteinsunabhängigen "Grenztemperatur" als nicht durch das
- 118 Vorsorgeprinzip gerechtfertigt einschätzt. Die im Gesetz von 2017 noch als "ausstehend" bezeichneten



- 119 Forschungsergebnisse lägen inzwischen vor. Daher wäre es nach Auffassung der ESK fachlich möglich, von den
- 120 100°C abzuweichen¹.
- 121 Frage Prof. Röhlig: Kann die Einschlussanforderung der Endlagersicherheitsanforderungsverordnung auch
- durch Typ 2 (Sicherheitskonzept für Kristallingestein über Behälter und nicht ewG) erreicht werden? Dies sollte
- 123 so bald wie möglich geprüft werden. Röhlig gibt kritisch zu Bedenken, dass die derzeitige Vorgehensweise
- davon ausgeht, dass Untersuchungsräume/Teiluntersuchungräume des Typs 2 nur dann in Betracht gezogen
- werden, wenn nicht ein oder mehrere des Typs 1 der Kategorie A oder B zugeordnet werden können. Dies
- könnte bedeuten, dass ein Untersuchungsraum des Typs 2, der geeignet wäre, nicht einbezogen wird.

Diskussion

127

- 128 Fr. von Oppen fragt nach, wann man etwas über die Auslegung der oberirdischen Anlagen erfahren wird. Hr.
- 129 Bever erklärt, dass die Planung der oberirdischen Anlagen läuft. Insbesondere würden Überlegungen
- angestellt, was zwischen Anlieferung der Behälter bis zur Einlagerung notwendig ist, hier seien noch viele
- 131 Fragen offen und es müssten Konzepte entwickelt werden.
- Hr. Eichhorn (Geologischer Landesdienst Bayern) fragt, warum Behältertypen, die für Kristallin vorgesehen
- 133 sind, nicht auch für die anderen Wirtsgesteine verwendet werden, wenn sie doch sicherer sind? Prof. Röhlig
- erörtert, dass Behältertypen nicht eins zu eins übertragbar seien. Grundsätzlich könne man sich aber
- 135 Gedanken machen, ob man speziellere Behältertypen auch für Ton und Salz entwickelt.
- 136 Herr Wenzel kritisiert die aktuelle Stellungnahme der ESK zum Thema Grenztemperatur. Herr Borkel erklärt,
- 137 Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge der ESK seien eine fachliche Position, jedoch nicht verbindlich.
- Hr. Wenzel sieht die im Standortauswahlgesetz geforderte Klärung ausstehender Forschungsfragen nicht als
- erfüllt an und fragt, ob es für die Grenztemperatur nicht internationale Standards geben sollte.
- 140 Hr. Röhlig erläutert, dass es keine internationalen Standards für diesen Auslegungsparameter geben könne, da
- dieser konzeptspezifisch abzuleiten und zu begründen ist. Er erklärt, dass 100 Grad keine Temperatur ist, die
- sich für eine Standardisierung eignet. Das Vorsorgeprinzip rechtfertige keine allgemeine Festlegung.
- Hr. Borkel verweist auf zwei abgeschlossen Forschungsvorhaben, die in Auftrag gegeben worden sind, ein
- 144 Review zur Grenztemperatur und eine experimentelle Studie zur Durchlässigkeit Steinsalz bei Temperaturen
- oberhalb von 100 °C. Letzteres war eine relevante Diskussion zurzeit als das Standortauswahlgesetz
- 146 vorbereitet und verabschiedet wurde. Das Ergebnis dieser Studie ist, dass keine erhöhte Durchlässigkeit des
- 147 Steinsalzes beobachtet werden konnte. Grundsätzlich dürfe die BGE Konzepte entwickeln. Das BASE nimmt im
- 148 Verfahren Prüfrunden vor und bewertet, ob verfahrenskonform vorgegangen wurde.
- 149 Fr. von Oppen hält es für sinnvoll, dieses Thema in einem eigenen Workshop zu behandeln (sie verweist auch
- auf ihren Antrag dazu). Diskutiert wird, wer Ausrichter für diesen Workshop sein sollte. Herr Sailer sieht hier
- 151 BASE oder BMUV als mögliche Ausrichter oder auch das Planungsteam. Frau von Oppen fragt Herrn Krauß, ob
- er sich dies für das BASE vorstellen könne. Er sagt, dies müsse BASE-intern diskutiert werden und schlägt
- Abteilung F vor. Prof. Röhlig fragt, ob das NBG hierfür infrage komme. Hr. Brunsmeier sieht dies nicht im
- 154 Aufgabenbereich des NBG.
- Hr. Sailer erläutert, dass für die BGE mbH die 100 Grad Celsius als Grenztemperatur gelten, solange dies im
- 156 Gesetz festgelegt sei; er hält es für wichtig, dass das BMUV hier spätestens Ende 2023 eine Entscheidung trifft
- 157 (nach Abschluss der Fachdiskussion), bevor der Endbericht zu Phase 1 geschrieben sei. In Bezug auf diese
- wichtige Frage müsse möglichst früh Klarheit im Verfahren herrschen, weil die Grenztemperatur enormen

https://www.entsorgungskommission.de/sites/default/files/reports/ESK_Stellungnahme_100GradKriteriumStand_ortauswahlgesetz_ESK98-12052022.pdf

¹ Zwischenzeitlich erschienen:



159 Einfluss auf den Ausschluss von Regionen habe. Hr. Brunsmeier stimmt Herrn Sailer zu und betont den Einfluss 160 auf das Gesamtsystem (Verschlusssysteme, Materialien, Kritikalität etc.). Hr Brunsmeier hält es allerdings für 161 problematisch, dass BGE im Papier zu Methodenentwicklung schreibt, sie arbeite bereits an der Anpassung der 162 Grenztemperatur. Es werden auch Vergleiche mit dem Vorgehen in der Industrie genannt, wo der Operator 163 Vorschläge unterbreitet. Es müsse transparent gemacht werden, welche weiteren Auswirkungen eine 164 Änderung der Temperatur hätte. 165 Fr. von Oppen erklärt, das Vorgehen der BGE bei Erforschung der Behälter- und Endlagerkonzepte müsse 166 systematisch und nachvollziehbar sein. Fr. Seidel antwortet, dass die Anforderungen hier sehr hoch seien. Prof. 167 Röhlig erörtert, dass es vermutlich darauf hinauslaufen werde, dass man nicht nur ein Endlagerkonzept pro 168 Wirtsgestein betrachten kann, sondern man mehrere Varianten längerfristig berücksichtigen muss. 169 Anlagen: 170 (1) Etherpad (siehe *Seite 188*) 171 (2) Folien Vortrag Dr. Lohser, Hr. Bever (siehe Seite 1757) 172 (3) Folien Vortrag Prof. Dr. Röhlig (siehe Seite 182) 173 174 1.2 AG 2 Methodenentwicklung: Was kann alles passieren, was kann alles schiefgehen? Welche 175 (un)wahrscheinlichen Ereignisse können im Verlauf von 1 Million Jahren eintreten? 176 Ergebnisprotokoll 21.05.2022, 10:30-12:45 Uhr 177 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 68 Personen (55 ditigal / 13 vor Ort) an der AG teil. 178 Referent:innen: Dr. Anne Bartetzko (BGE mbH), Paulina Müller (BGE mbH), PD Dr. Wolfram Rühaak (BGE mbH) 179 Dr. Michael Mehnert (endlagerdialog.de) 180 AG-Pat:innen: Dr. Daniel Lübbert (PFE), Fynn Sauerwein (PFE) 181 Moderation: Christoph Weinmann 182 TOP 1 Begrüßung 183 Der Moderator, Herr Weinmann, begrüßt alle Teilnehmer:innen und stellt den Ablauf der AG vor. Zum Einstieg 184 können sich die Teilnehmenden in Zweiergesprächen/Breakout-Rooms zu ihren Fragen und Erwartungen an 185 die Veranstaltung austauschen. 186 Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments 187 können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1). 188 TOP 2 Vortrag Dr. Anne Bartetzko (BGE mbH) siehe Seite 189 189 und Diskussion 190 Im Fokus des Vortrags "Wahrscheinliche oder auch unwahrscheinliche Ereignisse in 1 Million Jahren" (Folien in 191 Anlage 2) stehen die geologische Prozesse, die im Laufe des Betrachtungszeitraums von 1 Million Jahren 192 eintreten können. Eingangs wird darauf hingewiesen, dass der Titel vorgegeben gewesen sei und dieser Begriff 193 im der neuen Endlagersicherheitsanforderungsverordnung nicht mehr vorkomme. Deshalb wird sich im 194 Vortrag auf die zu erwartenden und abweichenden Entwicklungen bezogen. Diese Entwicklungen stellen die 195 Grundlage für die weiteren Sicherheitsanalysen in den vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen da. 196 Herrn Lübbert interessiert, inwieweit ein systematischer und später auch quantitativer Ansatz vorgesehen sei. 197 Die BGE mbH erläutert, dass sich der Ansatz an den internationalen FEP-Katalog der OECD-NEA und teilweise

auch nationalen FEP-Katalogen anderer Länder orientiert. Diese sollen dann auf die verschiedenen



- 199 Wirtsgesteine und Teilgebiete übertragen werden. Die Methodik und die generierten FEPs sollen mit
- 200 Expert:innen auch außerhalb der BGE mbH diskutiert und in einer Datenbank hinterlegt werden.
- 201 Bei der generischen Betrachtung der Wirtsgesteine sieht die BGE mbH vor, alle für das Wirtsgestein möglichen
- 202 Prozesse anzunehmen, um möglichst viele Entwicklungen für das jeweilige Wirtsgestein zu erfassen. Im
- 203 nächsten Schritt sollen aus den generischen FEP Katalogen unterschuchungsraumspezifische FEP-Kataloge
- 204 generiert werden, die dann als Grundlage für die Ableitung von Entwicklungen und Analysen für die
- 205 Langzeitsicherheit dienen. In der Diskussion warum der Begriff "Risiko" im gesetzlichen Regelwerk nicht
- vorkommt, stellt das BASE klar, dass der Begriff "Risiko" im Zusammenhang mit den in den vorläufigen
- 207 Sicherheitsuntersuchungen vorgesehenen Sicherheitsanalysen fachlich unzutreffend ist.
- 208 Auf Nachfrage erläutert die BGE mbH, dass aktuelle menschliche Aktivitäten bzw. Nutzungen im Rahmen der
- 209 planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien erfasst werden. Zukünftige menschliche Nutzungen könnten
- 210 derzeit nicht abschließend bewertet werden. Dies sei später im Verfahren vorgesehen. Momentan
- 211 konzentriere sich die BGE mbH gemäß den Vorgaben aus Endlagersicherheitsanforderungsverordnung und
- 212 Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung auf die geologischen Prozesse und Entwicklungen. Für die
- 213 Betrachtung der Langzeitsicherheit soll für die zu erwartenden Entwicklungen keine Rückholung bzw. Bergung
- im Zeitraum der ersten 500 Jahre angenommen werden.
- 215 Auf die Frage warum Salzstöcke, die derzeit nur knapp über dem Meeresspiegel liegen, nicht ausgeschlossen
- werden, erklärt die BGE mbH, dass ein Meeresspiegelanstieg aufgrund von Klimaänderungen nur einer von
- vielen möglichen Prozessen in der Zukunft ist, der bei der Szenarienentwicklung mitberücksichtigt werden
- 218 muss. Mit Blick auf die subglazialen Rinnen führt die BGE mbH aus, dass künftige Gletscherentwicklungen
- 219 berücksichtigt werden müssten. Dazu gebe es Forschungsaktivitäten seitens der BGR für die BGE mbH. Diese
- 220 Aspekte flössen dann gemäß StandAG in die Gesamtbewertung eines möglichen Standorts ein. Die BGE
- 221 mbH weist darauf hin, dass auch Prozesse, die sich auf ein Endlager positiv auswirken bei der
- 222 Szenarienentwicklung betrachtet werden.

TOP 3 Vortrag Dr. Michael Mehnert (endlagerdialog.de) siehe Seite 192 und Diskussion

- 224 Im Fokus des Vortrags "Welche wahrscheinlichen oder auch unwahrscheinlichen Ereignisse können im Verlauf
- von 1 Million Jahren eintreten? Ist die Berücksichtigung in Prüfschritt 2 des BGE-Konzepts für die
- 226 Sicherheitsuntersuchungen gelungen?" (Details siehe Folien) stehen Wahrscheinlichkeiten, die qualitative
- 227 Bewertung des sicheren Einschlusses (Prüfschritt 2) und das Kriterium zur Bewertung der langfristigen
- 228 Stabilität der günstigen Verhältnisse, die FEP und die Entwicklungen der Geologie in der letzten öffentlichen
- 229 Beteiligung zum Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (Erörterung Morsleben 2011).
- Herr Mehnert resümiert, dass die Entwicklungen an einem Endlagerstandort nicht sicher seien, da es keine
- 231 statistische Verteilung über viele Endlager gebe. Die von der BGE mbH anvisierte Methodik wird jedoch von
- Herrn Mehnert fachlich nicht kritisiert. Mit Blick auf den Vortrag von Herrn Mehnert weist die BGE mbH darauf
- 233 hin, dass sie verschiedene Forschungsvorhaben betreibe, die in die Bewertungen einfließen würden und dass
- die Bewertung der FEP-Kataloge (vgl. TOP 2) aufwendig sei.
- 235 Grundsätzlich merkt Herr Mehnert an, dass die Materialien der BGE mbH zur Methodenentwicklung nicht
- 236 allgemeinverständlich seien. Diese Übersetzungsarbeit müsse das BASE leisten, da es für die
- 237 Öffentlichkeitsbeteiligung zuständig sei.
- 238 Die BGE mbH weist darauf hin, dass Übersetzungsarbeit nicht immer für jedes Thema geleistet werden müsse,
- d. h. es werde kaum möglich sein, alle wissenschaftlichen Disziplinen und Details immer für die Öffentlichkeit
- 240 zu übersetzen. Es solle der Anspruch der Öffentlichkeitsbeteiligung sein, die relevanten Fragen zu diskutieren.
- Die Frage sei, ob man sich auf diese relevanten Fragen einigen könne. Das Informationsangebot sei bereits
- sehr umfangreich Formate wie das Forum Endlagersuche dienten auch dazu, Verbesserungsbedarfe zu
- 243 identifizieren.



244 Herr Lübbert betont, dass insbesondere die Ablaufdiagramme der BGE mbH verständlicher gestaltet werden 245 könnten. Es wird angemerkt, dass die Verbindung zwischen den beiden Ablaufdiagrammen (einfach und 246 komplexe Darstellung) fehle, auch ein allgemeines Glossar könne helfen. Es gibt Unterstützung aus der 247 Zivilgesellschaft, zu diesem Themenkomplex einen Antrag einzubringen, der sich an das BASE richten könne. 248 Insbesondere die Teilnehmenden aus der Zivilgesellschaft betonen den Mehrwert dieser AG und danken der 249 BGE mbH und Herrn Mehnert. 250 Im Nachgang der Sitzung (12:45–13:00 Uhr) formulieren die Interessierten im Zoom-Raum einen Antrag: 251 "Das Forum fordert die Akteur:innen des Standortauswahlverfahrens auf, mehr Übersetzungen komplexer 252 Texte in leicht verständliche Sprache und einfach zugängliche Darstellungen zu leisten und die Anstrengungen 253 zur Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsdidaktik zu intensivieren. Die Übersetzungsarbeit kann 254 und sollte nicht von den ursprünglichen Autoren der Fachtexte, sondern von Dritten geleistet werden. Deshalb 255 richtet sich der Antrag nicht an die BGE, sondern primär an das BASE, aber auch an das NBG, Hochschulen oder 256 weitere Akteur:innen. 257 Das Forum begrüßt die Anstrengungen der BGE zur Qualitätssicherung ihrer Szenarienentwicklung mit Hilfe 258 externer Dritter. Das Forum wünscht sich, dass die BGE die interessierte Öffentlichkeit in Gespräche dieser Art 259 künftig noch intensiver einbindet, und Dokumentation und Ergebnisse auch im Nachhinein zugänglich erhält." 260 **Sonstiges** 261 Es gab Probleme bei der Zuweisung der Teilnehmenden in die Breakout-Rooms zu Beginn der AG. 262 Anlagen 263 • Etherpad (siehe Seite 193) 264 • Folien Vortrag Dr. Anne Bartetzko (siehe *Seite 189*) 265 266 1.3 AG 3 Methodenentwicklung: Welche Rolle spielen Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen 267 und geowissenschaftliche Abwägungskriterien in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)? 268 269 **Ergebnisprotokoll** 270 21.05.2022, 10:30 - 12:45 Uhr 271 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 73 Personen (63 digital / 10 vor Ort) an der AG teil. 272 Referent:innen: Dr. Sönke Reiche (BGE mbH), Reinhard Fink (BGE mbH), Prof. Dr. Manfred Joswig (Universität 273 Stuttgart) 274 AG-Pat:innen: Eva Bayreuther (PFE) 275 Moderation: Frieder Hartung 276 Begrüßung

Herr Frieder Hartung moderiert die sehr fachlich geowissenschaftlich ausgerichtete Veranstaltung und stellt zu

Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments

können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1).

Beginn die Frage, was die Teilnehmenden brauchen, um zufrieden wieder aus der Veranstaltung hinaus zu

277

278

279

280

281

gehen.



Vortrag Dr. Sönke Reiche (BGE mbH) siehe Seite 195

- 283 Gegenstand des Vortrags "Methodenentwicklung Die Rolle der Ausschlusskriterien, Mindestanforderungen
- und geowissenschaftlichen Abwägungskriterien in den rvSU" (Folien in Anlage 2) von Herrn Dr. Reiche und Dr.
- Fink ist die Darstellung der Kriterien des StandAG, deren Anwendung zu einer schrittweisen,
- 286 sicherheitsgerichteten Fokussierung auf potenziell geeignete Gebiete führen sollen. Die Anwendung der
- 287 Methodik wird anhand ausgewählter Beispiele gezeigt. Herr Dr. Reiche betont dabei die Relevanz der
- 288 Wissenschaftlichkeit und Nachvollziehbarkeit des Verfahrens. Die Rolle der geowissenschaftlichen Kriterien sei
- in enger Anlehnung an die Endlagersicherheitsanforderungsverordnung EndlSiAnfV definiert worden.

Diskussion zu Vortrag Dr. Sönke Reiche

290

- 291 Im Fokus der sich anschließenden Diskussion stehen der Wunsch nach Nachvollziehbarkeit der Anwendung
- von Kriterien durch die BGE. So wird beispielsweise in Frage gestellt, inwieweit die von der BGE vorgestellte
- 293 Methodik der Anwendung mit den Vorgaben des StandAG konform sei. Es würden zunächst nur vier der
- insgesamt elf Kriterien angewendet und die Relevanz der Kriterien durch die BGE festgelegt, obwohl der
- 295 Gesetzgeber hier doch die Gleichrangigkeit der Kriterien vorgegeben habe. Die BGE stellt klar, dass die
- 296 Auswahl der Kriterien für die rvSU in enger Anlehnung an die Endlagersicherheitsanforderungsverordnung –
- 297 EndlSiAnfV erfolge, diese Kriteriengruppe zu den relevantesten Kriterien gehöre und daher aus
- 298 geowissenschaftlicher Sicht in dem Prüfschritt der rvSU gut aufgehoben sei.
- 299 Darüber hinaus wird der Wunsch seitens des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen
- 300 geäußert, dass das verbalargumentative Vorgehen von der BGE transparent gemacht werde. Wie vermeide
- 301 man hier stark subjektive Elemente und welche Rolle spielten hier Referenzdatensätze?
- 302 Es wurde der Wunsch nach mehr Detailtiefe geäußert und die Frage aufgeworfen, welche Auswirkungen das
- Fehlen von Daten für das Verfahren habe. Die BGE erläutert hier, dass es Ziel des Methodenpapiers gewesen
- 304 sei, die Methode der rvSU anhand von Beispielen nachvollziehbar zu machen und sich der Informationslevel
- 305 und damit Detaillierungsgrad der zur Verfügung stehenden Datensätze auch auf Seiten der BGE im
- 306 fortschreitenden Verfahren immer weiter verfeinern würde.
- 307 Aus dem Publikum wurde der Wunsch nach Veröffentlichung von Zwischenergebnissen aus den rvSU zu
- Gebieten, die nicht als Endlagerstandort geeignet sind, geäußert. Die BGE hat ihre Absicht, dies zu tun,
- 309 ausgedrückt, evtl. in jährlichen Abständen, und dabei auf die nicht endgültige Natur solcher
- 310 Zwischenergebnisse verwiesen.

311 Vortrag Prof. Dr. Manfred Joswig (Universität Stuttgart), siehe Seite 202

- 312 Gegenstand des Vortrags "Kein Endlager in Erdbebenzonen wie genau können wir messen" (Folien in Anlage
- 313 3) von Herrn Prof. Dr. Manfred Joswig (von der Uni Stuttgart, auch als Berater des Auswärtigen Amts tätig) ist
- 314 die Vorstellung einer sehr sensiblen Messtechnik, die bislang bei der sog. On-site Überwachung nuklearer
- 315 Tests angewendet wurde und für die Endlagersuche zur Anwendung kommen könnte. Der Vorteil dieser
- 316 Technik sei, dass dabei Magnituden von bis zu -2 gemessen werden könnten.
- 317 Beispielsweise sei die Technik in Norddeutschland angewendet worden, um natürliche tektonische Erdbeben
- 318 und induzierte Beben im Bereich von Gasfeldern zu messen. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden,
- dass es in Norddeutschland tiefe Krustenbeben (vermutlich im Zusammenhang mit der Hebung nach dem
- 320 Abschmelzen des Eismassen aus der letzten Eiszeit) gebe, eine Erkenntnis, die nur aufgrund der Steigerung der
- 321 Empfindlichkeit der Erdbebenmessung gewonnen worden sei.
- 322 Empirisch sei eine Magnitudenhäufigkeitsrelation festgestellt worden, d.h. je niedriger die Magnitude, desto
- 323 häufiger sei Seismizität gemessen worden. ("kontinuierliches Knistern der Erde")
- 324 Die Technik sei im Rahmen einer Studie auch im Felslabor Mont Terri in der Schweiz angewendet worden, dort
- 325 seien keine Bebenherde auf der Störungszone im Felslabor festgestellt worden.



- Herr Joswig stellt zusammenfassend fest, dass die Messung von seismischen Aktivitäten mit maximal
- 327 möglicher Empfindlichkeit durchgeführt werden muss, um auch bisher nicht kartierte Verwerfungen
- 328 entdecken zu können.

329

Diskussion zu Vortrag von Prof. Dr. Manfred Joswig (Universität Stuttgart)

- 330 Gleich zu Beginn der Diskussion stellt Frau Bayreuther die Frage, ob die Daten aus der seismischen Studie in
- 331 Mont Terri auch von der NAGRA verwendet würden, was von Herrn Joswig bejaht wird.
- 332 Mit Blick auf die von Herrn Prof. Joswig dargestellten seismischen Aktivitäten in Niedersachsen wird die Frage
- 333 gestellt, ob es diesbezüglich eine flächendeckende Untersuchung für Deutschland gebe. Dies wird von ihm mit
- 334 Verweis auf die BGR und die geologischen Dienste bejaht. Allerdings werden dort nur Magnituden von einem
- Wert von 2.0 oder höher bestimmt, d.h. Regionen könnten "aseismisch" erscheinen, weil die Beben so
- schwach seien und historisch nur Schadensbeben erfasst worden seien. Mit der dargestellten Technik gäbe es
- die Möglichkeit kleinere Magnituden zu erfassen, die mit viel größerer Häufigkeit aufträten.
- 338 Es wird die Frage aufgeworfen, wie mit zukünftiger Seismizität umgegangen werde, wie dies Eingang in die
- 339 rvSU finde. Die BGE verweist einerseits auf das Ausschlusskriterium nach § 22 StandAG, dessen Verweis auf die
- dort genannte DIN-Norm statisch sei. Im Rahmen der rvSU würde darüberhinausgehend systematisch im
- 341 Rahmen von Szenarien geprüft, wo es bspw. bergbauliche Aktivitäten mit induzierter seismischer Aktivität
- gäbe. Dies hätte dann nicht den Rang eines Ausschlusskriteriums.
- 343 Auf den Vorschlag eines Teilnehmers, Gebiete mit Magnituden zwischen 1-4 auf Grundlage von "lokalen
- 344 Ausschlusskriterien" aus dem weiteren Verfahren auszuschließen, verweist Herr Dr. Riede auf das StandAG.
- 345 Zwar falle seismische Aktivität unter die Ausschlusskriterien unter § 22 StandAG und müsse dort auch regional
- 346 und standortspezifisch beurteilt werden. Gleichzeitig müsse die Betriebssicherheit und Langzeitsicherheit
- bewertet werden, dies erfolge nicht im Rahmen des Auschlusskriteriums, sondern im Rahmen der rvSU.
- 348 Während der Diskussion stellt Herr Dr. Junkersfeld (BMUV) folgende Information in den Chat, auf den in der
- 349 AG nicht eingegangen wird: Falls dies zeitlich passt, würde ich gerne über eine aktuelle Bekanntmachung zum
- 350 AK Seismik informieren.
- 351 https://www.endlagersuche-infoplattform.de/SharedDocs/IP6/BASE/DE/20220518 Bekanntmachung-
- 352 Seismik.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- 353 Weiterer Hinweis im Chat: Bitte beachten Sie das Gutachten zur Seismizität von Prof. Wenzel, Karlsruhe im
- 354 Auftrag des Nationalen Begleitgremiums. Grundsätzlich ist international die Seismizität als Ausschlusskriterium
- 355 nicht von Bedeutung, außer in Deutschland.

356 Diskussion

- 357 Die Gruppe äußert auf Rückfrage von Frau Bayreuther keinen weiteren Diskussionsbedarf und auch keinen
- 358 Bedarf für einen Antrag im Plenum. Aus dem Teilnehmer:innenkreis stellen sich Frau Maike Wilken und Herr
- 359 Klug zur Verfügung, um im Nachgang am Protokoll mitzuarbeiten.
- Auf die Rückfrage, was die BGE aus der Diskussion mitnehme, äußert die BGE, Herr Dr. Reiche, dass die von
- 361 Herrn Joswig vorgestellte Technik Eingang in die Datenbank für Erkundungswerkzeuge aufgenommen werde.
- 362 Diese Datenbank solle vorhandene Lücken von Erkenntnissen durch verfügbare Erkundungsinstrumente
- 363 schließen.
- 364 BGE wertet auch die Diskussion um die Kriterien als Indikator dafür, dass es weitere kommunikative Aufgabe
- der BGE sei, deren Rolle im Endlagersuchprozess immer wieder klarzustellen und die Anwendung verständlich
- 366 und nachvollziehbar darzustellen.
- 367 Anlagen:
- Etherpad (siehe Seite 208)



- 369 Folien Vortrag Dr. Sönke Reiche (siehe Seite 195) 370 Folien Vortrag Prof. Dr. Manfred Joswig (siehe Seite 202) 371 1.4 AG 4 Beteiligung: Beteiligung lernen: Herausforderung für Öffentlichkeit und Institutionen 372 373 Ergebnisprotokoll 374 22.05.2022, 10:30 - 12:45 Uhr 375 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 61 Personen (41 digital / 20 vor Ort) an der Veranstaltung teil. 376 Referent:innen: Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (PFE), Dr. Thomas Flüeler (ETH Zürich), Hans Hagedorn 377 (Partizipationsbeauftragter am NBG) 378 AG-Pat:innen: Andreas Fox (PFE), Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (PFE) 379 Moderation: Jakob Crone 380 Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung 381 Der Moderator Herr Crone begrüßt alle Teilnehmer:innen und stellt die Tagesordnung vor. Im Fokus der AG 382 steht Beteiligung als Herausforderung sowohl für die Zivilgesellschaft als auch für die zuständigen staatlichen 383 Institutionen. 384 Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments 385 können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1). Das 386 Ende der Sitzung ist für 12:45 Uhr terminiert. 387 Impulsvortrag Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (PFE): "Selbstorganisation – Herausforderung für Öffentlichkeit und 388 Institutionen" siehe Seite 210 389 Frau Uthe beginnt ihren Input mit der Erinnerung, dass die 390 Beteiligungswirkung maßgeblich von Funktion und Zielen der Beteiligung 391 abhängt. 392 Mit Blick auf den bisherigen Verlauf konstatiert Frau Uthe, dass die 393 Komplexität des Verwaltungsverfahrens die Wahrnehmung der 394 Mitwirkungsmöglichkeiten erschwert. Die Rollen von BASE, BGE 395 mbH und NBG seien in Bezug auf die Beteiligung nicht klar genug 396 voneinander abgegrenzt und für Laien schwer zu unterscheiden. 397 Dies könne die Transparenz beeinträchtigen. 398 Neben der Komplexität läge ein weiteres Problem in den 399 unterschiedlichen Kommunikationsmodi von Öffentlichkeit und 400 Verwaltung. Als wichtige Gelingensbedingungen der Beteiligung hebt 401 Frau Uthe Kommunikation, Transparenz, gute Dokumentation, Abb. 1: Prof. Dr. Anne-Dore Uthe 402 Wissenstransfer und die Befähigung zur Beteiligung hervor (s. Folien im (PFE) 403 Anhang). 404 Impulsvortrag Dr. Thomas Flüeler (ETH Zürich): "Den Faden nicht abreißen lassen: von der Fachkonferenz
- 405 Teilgebiete zum Forum Endlagersuche (FE)" siehe Seite 216
- 406 Die Herausforderung der Endlagersuche ist von einer mehrfachen Risiko-Nutzen-Asymmetrie gekennzeichnet,
- 407 so die Kernaussage von Thomas Flüelers Vortrag. Es stünden die Lasten vor Ort dem Nutzen der Allgemeinheit



- 408 gegenüber; die Laiensicht der Expertensicht und die Interessenslagen der heutigen und möglicherweise anders
- 409 gelagerten der künftigen Generationen. Diesen drei potenziellen Ungerechtigkeiten gelte es innerhalb des
- 410 hochkomplexen Systems des Standortauswahlverfahrens zu begegnen. Ziel müsse ein umfassender fachlicher
- 411 und gesellschaftlicher Diskurs sein.
- 412 Um diesen zu ermöglichen und sicherzustellen, müsse die "Beteiligungslücke" nach der Fachkonferenz
- 413 Teilgebiete (FKT) und vor den Regionalkonferenzen (RK) geschlossen werden. Dies sei mit dem jetzigen Format
- 414 geschehen. Herr Flüeler empfiehlt, das Forum Endlagersuche (FE) weiterzuführen. Er hebt drei Funktionen des
- 415 FE hervor:

418

- 416 (1) Das FE stelle im Verfahren eine "pluralistische Kompetenzbasis von unten" dar. Es sichere nicht nur eine Prozessbeteiligung, sondern auch eine Fachbeteiligung.
 - (2) Zudem fungiere es als Bindeglied zu den Regionalkonferenzen.
- 419 (3) Das FE gewährleistet den bundesweiten Experten-Laien-Dialog.
- 420 Dieses (Selbst-)Verständnis der beteiligten Öffentlichkeit erfordere eine neue Haltung auch der Institutionen,
- 421 die grundsätzlich "Angst [hätten] vor einer Veränderung der Strukturen". Alle Seiten müssten daher ihre
- 422 Gesprächskultur weiterentwickeln. Nur so lasse sich über die Dauer des Verfahrens immer wieder eine
- 423 Stabübergabe sicherstellen, zwischen Behörden, Akteur:innen, Wissenschaft, Öffentlichkeit.
- 424 Konkret empfiehlt Flüeler abschließend die Einsetzung eines Zukunftsrates als Garant des Entsorgungszieles
- 425 und sieht das NBG als Garant der Öffentlichkeitsbeteiligung.
- 426 Aus dem PFE stellt Herr Fox die Rückfrage, inwiefern das FE, das ja eine offene Veranstaltung sei, als
- 427 Fachöffentlichkeit verstanden werden könne. Herr Flüeler betont, dass das FE zielbezogen unbedingt als
- 428 Fachöffentlichkeit zu verstehen sei. Auch diese sei ja Öffentlichkeit. Zudem seien auch Laien wichtige
- 429 Expert:innen: u.a. für die Werte im Verfahren und als Expert:innen für die Regionen.

430 Plenumsphase und Diskussion

- 431 Auf der Bühne: Ina Stelljes, Anne-Dore Uthe; digital zugeschaltet: Thomas Flüeler
- 432 Abgrenzung der Zuständigkeiten in Bezug auf Beteiligung
- Dörte Themann (FU Berlin) knüpft an die Feststellung von Frau Uthe an, nach der die Rollen der Institutionen
- 434 nicht ausreichend klar voneinander abgegrenzt seien. Da BGE mbH und BASE Beteiligungsformate anbieten,
- 435 sei für Bürger:innen nicht immer klar ersichtlich, an wen sie sich zunächst wenden müssten. Die Rolle des NBG
- 436 verkompliziere das Bild. Frage: Sollte man diese Vielfalt von Beteiligungsmöglichkeiten so
- 437 nebeneinanderstehen lassen, oder sei nicht eine Kanalisierung notwendig?
- 438 Ina Stelljes antwortet für das BASE mit dem Verweis auf die gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsformate, für
- 439 die klar das BASE zuständig sei. Überdies ermögliche die Öffnung im Gesetz, dass sich alle Akteur:innen bei
- 440 Bedarf zusätzlicher Formate bedienen können. Diese müssen die Akteur:innen jeweils aus ihrer Rolle
- entwickeln. Frau Stelljes konzediert, dass es sich um ein komplexes Geflecht handle.
- Herr Hagedorn stellt im Anschluss die Trennung von Aufsicht und Beteiligung in Frage. Es sei nicht einsichtig,
- dass es zwischen den Abteilungen A-Aufsicht und B-Beteiligung des BASE eine "Firewall" gebe, da auch die
- 444 Öffentlichkeitsbeteiligung eine Kontrollfunktion für das Verfahren habe. Folglich müsste es einen Austausch
- 445 geben zwischen der Beteiligung und ihren Ergebnissen und der staatlichen Aufsicht. Eine Trennung der
- Bereiche sei eine "Form der Entmachtung der Öffentlichkeitsbeteiligung".
- Herr Flüeler fügt seine Erfahrungen aus der Beobachtung des Schweizer Verfahrens an. Auch dort werde das
- 448 Verhältnis von Aufsicht und Beteiligung immer wieder diskutiert. Das BASE befinde sich in einem
- Rollenkonflikt. Dieser sei nur durch eine gute Gesprächskultur einzuhegen. "Jeder hat seine Funktion, die wir
- 450 respektieren müssen."



- 451 Ina Stelljes ordnet die Frage des Rollenkonfliktes für das BASE wie folgt ein: Das BASE versteht sich als Hüter
- des Verfahrens, wobei die Beteiligung immer auf ein spezifisches Ziel bezogen sei. Dieses Ziel setze der
- 453 Beteiligung den Gestaltungsrahmen. Nur so könne der Öffentlichkeit klar vermittelt werden, wozu sie beteiligt
- 454 werde.
- Jörg Hacker, PFE fragt, was vom BASE im Hinblick auf die Aufsicht zu erwarten sei. Er wünscht sich, dass sie
- 456 sich auch jetzt schon zum Verfahren äußert mit fachlichen Stellungnahmen.
- 457 Karl Hochholzner (BASE) erläutert die Aktivitäten des BASE im Bereich Aufsicht. Die Bewertung der
- 458 Arbeitsergebnisse der BGE folge an festgelegten Punkten des Verfahrens, doch ist das BASE in einem ständigen
- 459 Austausch mit der BGE, begleitet die Arbeit und stellt Fragen. Da die Prüfung jedoch unabhängig und neutral
- 460 erfolgen müsse, könne das BASE sich nicht mit Zwischenbewertungen in die operative Arbeit der BGE
- 461 einmischen.
- 462 Impulsvortrag Hans Hagedorn (Partizipationsbeauftragter): Wie entwickeln wir das FE weiter? Siehe Seite
- 463 211

469 470

471

472 473

474

475

476

477 478

479

480 481

482

483

484

485

486

487

- 464 Einleitend konstatiert Herr Hagedorn, dass eine weitgehende Einigkeit darüber bestünde, dass der aktuelle
- 465 Arbeitsmodus des PFE ungeeignet sei und weiterentwickelt werden müsse. Es gebe Zeichen für eine
- 466 Überlastung und Frustration bei ehren- und hauptamtlich Tätigen in dem Prozess.
- 467 Mit Blick auf eine mögliche Weiterentwicklung der Beteiligung präsentiert Hagedorn die drei Szenarien aus
- dem von ihm vorbereiteten Papier (s. Anhang) und fügt ein viertes Szenario hinzu:

Szenario 1: Fortsetzung der aktuellen Arbeitsweise der engen Zusammenarbeit. Die unterschiedlichen Akteur:innen arbeiten weiter im Planungsteam zusammen, die AG-Arbeit wird fortgeführt.

Szenario 2: Offene Veranstaltungsplattform mit geteilten Verantwortungen. Hierbei übernimmt das BASE die Verantwortung für eine offene Veranstaltungsplattform, alle Beteiligten können eigenverantwortlich Sessions organisieren ("Markt der Möglichkeiten"). Das Abschlussplenum votiert über zentrale Empfehlungen aus den Sessions an BGE.

Szenario 3: Forum Endlagersuche (FE) wieder stärker an den Erfahrungen der FKT ausrichten. Hierbei werden Entscheidungen mehrheitlich durch die zivilgesellschaftlichen Vertreter:innen getroffen.

Szenario 4: Reflexions- und Auswertungsphase. Anstatt sich unmittelbar für eines der drei Szenarien zu entscheiden, begeben sich die Akteursgruppen im PFE zunächst in eine Phase der Analyse und Reflexion der bisher gemachten Erfahrungen. Dabei soll die in der AG zuvor diskutierte Frage zur Rolle des BASE eine zentrale Rolle spielen.

Das Ziel des FE sei, das PFE damit zu beauftragen, die Arbeitsweise weiterzuentwickeln. Man müsse jedoch die Kooperation nicht um jeden Preis fortsetzen, ein Abbruch der Zusammenarbeit ist ebenfalls möglich, falls man sich nicht einigen könne.

488 Podiumsdiskussion: Ina Stelljes (BASE), Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (PFE), Hans Hagedorn

489 (Partizipationsbeauftragter)

- 490 Die Diskussion konzentriert sich auf Herrn Hagedorns Szenario 4, das viel Zustimmung erfährt. Herr Gassner
- 491 merkt zur Analyse einer tendenziell überlastenden Arbeitsweise an, dass diese noch nicht weit genug reiche
- 492 und unpolitisch sei: Es handle sich nicht nur um ein Zeit-, sondern ein tieferliegendes Problem. Er empfiehlt
- 493 eine "klare Analyse" der Probleme, die mit der Frage der Rollenklärung in den Bereichen Aufsicht und
- 494 Beteiligung zusammenhängen und regt an, dass der Findungsprozess vom Partizipationsbeauftragten
- 495 mitgestaltet wird.

Szenarienpapier Hagedorn, siehe Seite 214

Etherpad (siehe Seite 228)

519

520

521



496 Frau Uthe nimmt die Forderung nach einer Analyse auf und merkt an, dass diese sowohl von einer internen als 497 auch einer externen Evaluation geleistet werden könne. Im Rahmen einer externen Evaluation müssen 498 ehrenamtlich Beteiligte und die Prozesse in den staatlichen Institutionen betrachtet werden. 499 Eine inhaltliche Nachfrage aus dem Plenum bezieht sich auf die Funktionsweise des "Marktes der 500 Möglichkeiten": Wie funktionieren Arbeitsgruppen? Herr Hagedorn verweist auf die Methode des Barcamps, 501 bei der lediglich eine organisatorische Struktur geschaffen wird, in der Einzelne Verantwortung übernehmen 502 bei der Durchführung der Sessions. 503 Wieder kommt Herr Hagedorn auf das Verhältnis von Aufsicht und Beteiligung zu sprechen. Herr Hagedorn 504 beschreibt seine Wahrnehmung, das BASE wolle eine "handzahme Beteiligung" und die Debatte einengen. Die 505 Öffentlichkeit habe indes eine Kontrollfunktion im Verfahren, weshalb ihre Ergebnisse auch für die Aufsicht 506 Relevanz haben müssten. Seine Frage: Wie nutzt die Aufsicht die Ergebnisse aus der Beteiligung? Wie kann 507 man den dazugehörigen internen Diskussionsprozess sichtbar machen? 508 Frau Stelljes betont, dass die Ergebnisprotokolle der aufsichtlichen Statusgespräche, die das BASE mit der BGE 509 führe, öffentlich auf der Informationsplattform einsehbar seien. 510 Herr Fox schlägt zwei Anträge vor: 511 1) Beauftragung des PFE zur Weiterentwicklung des Formats (Workshop im Herbst). 512 Die AG 4 schlägt der AG 8, die am Nachmittag stattfindet, vor, den Antrag weiter zu diskutieren und 513 auszuformulieren. 514 2) Antrag an das BASE zur Veröffentlichung einer Stellungnahme zur Methodenentwicklung der BGE 515 Anlagen 516 Folien Vortrag Prof. Dr. Uthe siehe Seite 210 517 Folien Prof. Dr. Flüeler siehe Seite 216 518 Folien Vortrag Hr. Hagedorn siehe Seite 211



Zweite Arbeitsgruppenphase, AG 5 bis AG 8 (21.05.22, 14:00-16:15) 522

523 AG 5 Methodenentwicklung - Wie werden Ungewissheiten eingeschätzt? Wo sind Forschung und 524

Wie werden Ungewissheiten eingeschätzt?

Entwicklung besonders nötig?

525

526

527

528

529

530

531

532

533

534

535

536

537

538

539

540

541

542

543

544

545

546

547

548

549

550 551

552

553

554

555

556

557

558

559

560

561

562

563

564

565

Wo sind Forschung und Entwicklung besonders nötig?

Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf Bewertung von Ungewissheiten, Erkundungs-, Forschungs- und Entwicklungsbedarf: 8.9, 8.10

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung,, in Bezug Bewertung von Ungewissheiten, Erkundungs-, Forschungsund Entwicklungsbedarf: 10.0, 11.0 (S. 607-636)

AG 6 Methodenentwicklung – Wie werden Teiluntersuchungsräume zugeschnitten? Was tragen die Teiluntersuchungsräume zur Eingrenzung der Teilgebiete bei?

- In welchem Verhältnis stehen Teiluntersuchungsräume zu Untersuchungsräumen?
- Werden die Untersuchungsräume als Ganzes entlang der Prüfschritte in den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen bewertet, oder gibt es da Abstufungen?
- Was wenn ein Teiluntersuchungsraum ungünstig ausgewiesen wurde, sind die "Grenzen" dann veränderbar?

Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf Untersuchungsräume und Teiluntersuchungsräume: 8.5.1

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung,, in Bezug auf Untersuchungsräume und Teiluntersuchungsräume: 3.0 (S. 87-91, 294-306, ggf. 306 ff.

AG 7 Methodenentwicklung – Wie geht die Methodik der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) auf Besonderheiten der verschiedenen Wirtsgesteine ein?

- Bleibt es bei den Definitionen der Wirtsgesteine wie im Zwischenbericht, oder sind Anpassungen oder genauere Definitionen notwendig?
- Auf welche Wissensbestände kann die BGE zurückgreifen, wenn eigene Forschung noch keine Ergebnisse gebracht
- Wie will die BGE ohne Erkundung das Innenleben von Salzstöcken oder Steinsalzstrukturen in flacher Lagerung bewerten?
- Wie geht die BGE mit den zwei Sicherheitskonzepten für kristallines Wirtsgestein um?

Bezug zu "Konzept zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung" in Bezug auf Eigenschaften der Wirtsgesteine und Konsequenzen für geowissenschaftliche Bewertung und Endlagersysteme in den rvSU: fehlt

Bezug zu "Methodenbeschreibung zur Durchführung der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen gemäß Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung,, in Bezug auf Eigenschaften der Wirtsgesteine und Konsequenzen für geowissenschaftliche Bewertung und Endlagersysteme in den rvSU: fehlt

AG 8 – Beteiligung - Kriterien guter Beteiligung in diesem komplexen, langwierigen Prozess und deren **Umsetzung wie Evaluation im Standortsuchverfahren**

Partizipatives, lernendes und selbsthinterfragendes Verfahren Vorstellung der bisherigen Ergebnisse aus den Workshops Evaluierung

Kein direkter Bezug zu den BGE mbH Berichten



566 2.1 AG 5 Methodenentwicklung: Wie werden Ungewissheiten eingeschätzt? Wo sind Forschung 567 und Entwicklung besonders nötig? 568 Ergebnisprotokoll 569 21.05.2022, 14:00-16:00 Uhr 570 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 64 Personen (54 digital / 10 vor Ort) an der AG teil. 571 Referent:innen: PD Dr. Wolfram Rühaak (BGE mbH), Merle Bjorge (BGE mbH), Dr. Christian Derer (BGE mbH), 572 Dr. Ingo Kock (BASE), Dr. Moritz Ziegler (GFZ) 573 AG-Pat:innen: Eva Bayreuther (PFE), Dr. Daniel Lübbert (PFE) 574 Moderation: Frieder Hartung 575 TOP 1 Begrüßung 576 Herr Lübbert und Frau Bayreuther begrüßen alle Teilnehmer:innen und stellen den Ablauf der Veranstaltung 577 vor. Frieder Hartung moderiert die AG. Auf seine Einstiegsfrage, wer sich der interessierten Bürgerschaft 578 zuordnen würde, gibt es eine Meldung. 579 Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments 580 können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1). 581 TOP 2 Vortrag Merle Bjorge (BGE mbH) siehe Seite 232 582 Im Fokus des Vortrags "Wie werden Ungewissheiten eingeschätzt? Wo sind Forschung und Entwicklung 583 besonders nötig?" (Folien in Anlage 2) stehen der Ablauf der repräsentativen vorläufigen 584 Sicherheitsuntersuchungen (rvSU), die gesetzlichen Grundlagen aus der 585 Endlagersicherheitsuntersuchungsverordnung (§ 11-12 EndlSiUntV); die Definition, Kategorisierung und 586 Auswirkungen von Ungewissheiten; die Arbeitsschritte der Methodik sowie die Erkundungs-, Forschungs- und 587 Entwicklungsbedarfe. 588 Herr Lübbert fragt, wie Forschungs- und Zeitbedarfe valide abgeleitet würden und wie die Priorisierungen 589 erfolgen könnten. Die BGE mbH erklärt, dass Zeitbedarfe auch bei der Forschung abschätzbar seien, die 590 Priorisierung sei ein sehr komplexer Prozess. Bezüglich Ungewissheiten habe die BGE mbH zusammen mit der 591 TU BA Freiberg das Forschungsprojekt "URS" gestartet. 592 TOP 3 Vortrag Dr. Ingo Kock (BASE) siehe Seite 236 593 Im Fokus des Vortrags "Umgang mit Ungewissheiten" (Folien in Anlage 3) stehen der systematische Umgang 594 mit Ungewissheiten sowie die Ungewissheiten bei der Endlagerung. Dieser Themenbereich umfasst u. a. 595 Veränderungen von Ungewissheiten auf der Zeitachse, relevante Entwicklungen des Endlagersystems 596 (Szenarien, Modelle), die Plausibilität von Annahmen, Sicherheitsreserven und die Forschungsvorhaben des 597 BASE. Herr Kock resümiert, dass am Ende des Standortauswahlverfahrens eine Entscheidung stehe, die 598 weiterhin mit Ungewissheiten verbunden sei. Ziel der Endlagerforschung sei es unter anderem, 599 Ungewissheiten zu reduzieren. 600 Frau Bayreuther interessiert, ob sich kombinierte Ungewissheiten (z. B. Geologie und Behälter) potenzieren

oder ob sie dabei helfen, den Blick zu schärfen. Herr Kock führt aus, dass Prognoserechnungen für den

in welcher der Einfluss der Ungewissheiten untersucht würde. Deshalb würde viel Arbeit in

Validierungsprojekte investiert, z. B. im Rahmen von in situ-Versuchen.

Bewertungszeitraum gemacht würden und die Ergebnisse einer sog. Unsicherheitsanalyse unterzogen würden,

601

602

603



- Die BGE mbH ergänzt, dass es Ungewissheiten gebe, die miteinander interagieren und zu anderen Ergebnissen
- 606 führen könnten. Es werde daran gearbeitet, dass Verständnis bei der Überlagerung von Ungewissheiten zu
- 607 erweitern.

608 TOP 4 Vortrag Moritz Ziegler (GFZ) siehe Seite 240

- Im Fokus des Vortrags "Ungewissheiten in den Geowissenschaften: Größe und Einfluss" (Folien in Anlage 4)
- stehen alltägliche Ungewissheiten, die datenbasierte Entscheidungen ermöglichten, z. B. beim Wetter. In den
- 611 Geowissenschaften spielten Messfehler, Annahmen und Erfahrung eine Rolle. Herr Ziegler illustriert den
- Umgang mit Ungewissheiten anhand eines geologischen Datensatzes, der von verschiedenen Expert:innen
- teilweise unterschiedlich und teilweise ähnlich interpretiert worden sei.
- 614 Eine Forschungsfrage sei, an welchen Stellen Bohrungen durchgeführt werden sollten, um Ungewissheiten zu
- 615 reduzieren. Er resümiert, dass in den Geowissenschaften immer Ungewissheiten beständen, dass man jedoch
- damit umgehen könne.

617

TOP 5 Diskussion

- 618 Es wird kritisiert, dass die mathematische Statistik im Methodenkonzept der BGE mbH bisher fehle. Herr
- Ziegler sieht die Herausforderung im Mangel an Daten für einige Gebiete, so dass nicht immer statistische
- 620 Auswertungen durchgeführt werden könnten. Die BGE mbH erläutert, dass im Laufe des Verfahrens neue und
- 621 mehr Daten generiert würden und betont, dass sich die Geowissenschaften in den vergangenen Jahren
- durchaus in eine quantitative Richtung entwickelt hätten. Es wird der Wunsch geäußert, dass diese Aspekte in
- den Berichten der BGE mbH auch dargelegt werden müssten.
- 624 Es wird angemerkt, dass in der Diskussion die Zielgröße fehle, nämlich die Exposition an der Oberfläche. Herr
- Kock erläutert, dass es mehrere Zielgrößen gebe: die Dosiskriterien und das Kriterium des Einschlusses. In der
- 626 Diskussion wird auch auf den Entwurf der Berechnungsgrundlage für die Dosisabschätzung und die Gutachten
- dazu im Auftrag des NBG verwiesen.
- Herrn Lübbert beschäftigt die Frage, wie Ungewissheiten quantifiziert werden können. Er weist darauf hin,
- dass es internationale Standards zum Umgang mit Ungewissheiten gebe. Warum solle man diese nicht auf die
- 630 Geowissenschaften übertragen können?
- Herr Krauß (BASE) führt aus, dass man vor Ungewissheiten keine Angst haben müsse. Man könne etwas mehr
- auf die Ingenieurswissenschaften schauen und deren Umgang mit Ungewissheiten betrachten.
- 633 Die BGE mbH ergänzt, dass beim Masse- und Stoffmengenkriterium die Parameter variiert würden, um
- Ungewissheiten zu analysieren. Es stelle sich derzeit die Frage, wie man konkret dabei vorgeht (vgl. Kapitel 8
- des Methodendokuments der BGE mbH). Im Laufe des Verfahrens würden die Berechnungen dann komplexer
- 636 und damit auch die Ungewissheitsanalysen.
- 2007 Zum Thema Kommunikation wird angemerkt, dass der Öffentlichkeit ein Bild deutlich gemacht werden müsse,
- das die Problematik als lösbar darstellt. Auch müssten die Akteur:innen transparent und ehrlich über
- 639 Ungewissheiten kommunizieren. Dann könne man der Öffentlichkeit auch diesen konzeptionell etwas
- 640 schwierigeren Aspekt vermitteln. Herr Kock (BASE) weist darauf hin, dass er in seinem Vortrag extra die
- Lösbarkeit der Endlagerfrage als wissenschaftlichen Konsens betont habe.
- Herr Lübbert fasst die Diskussion zusammen und fordert einen systematischen Umgang mit Ungewissheiten.
- Die "Unknown Unknowns" bereiteten ihm noch Sorge. Frau Bayreuther äußert den Wunsch, mehr Daten
- offentlich verfügbar zu machen, auch wenn dies nicht immer einfach bzw. möglich sei.
- Die Teilnehmenden der AG sehen derzeit keinen Bedarf für weitere Treffen. Im Plenum werden Herr Lübbert
- und Frau Bayreuther aus der AG berichten. Herr Lübbert begrüßt, dass sich das BASE in dieser AG aktiv
- eingebracht habe und dankt allen Teilnehmenden für die wertvollen Beiträge.



648	Anlagen
649	• Etherpad (siehe <i>Seite 243</i>)
650	• Folien Vortrag Merle Bjorge (siehe <i>Seite 2324</i>)
651	• Folien Vortrag Dr. Ingo Kock (siehe Seite 236)
652	Folien Vortrag Moritz Ziegler (siehe Seite 240)
653	
654 655	2.2 AG 6 Methodenentwicklung: Wie werden Teiluntersuchungsräume zugeschnitten? Was tragen die Teiluntersuchungsräume zur Eingrenzung der Teilgebiete bei?
656	Ergebnisprotokoll
657	21.05.2022, 14:00 – 16:15 Uhr
658	Teilnehmende: In der Spitze nahmen 78 Personen (75 digital / 3 vor Ort) an der Veranstaltung teil.
659	Referent:innen: Dr. Sönke Reiche (BGE mbH), Dr. Nadine Schöner (BGE mbH), Jürgen Voges (Journalist)
660	AG-Pat:innen: Prof. Dr. Anne-Dore Uthe (PFE), Bettina Gaebel (PFE)
661	Moderation: Dagmar Gebhardt
662	TOP 1 Begrüßung
663 664 665 666 667	Nach der Begrüßung durch Frau Prof. Uthe, steigt Frau Gebhard in die Moderation ein mit der Frage nach der Zusammensetzung der Gruppe der Teilnehmenden im Hinblick auf die bisherige Beteiligung im Forum bzw. bisherigen Beteiligungsformaten: ein knappes Drittel der Teilnehmer:innen ist zum ersten Mal dabei, 6 sind zum zweiten Mal dabei und 27 schon häufiger. Insgesamt sind die nachfolgenden Vorträge und die Diskussion sehr fachlich geprägt.
668 669	Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1).
670	TOP 2 Vortrag Dr. Sönke Reiche (BGE mbH) siehe Seite 244
671 672 673 674 675 676 677 678 679 680	Gegenstand des Vortrags (Anlage 2) von Herr Dr. Reiche ist die Methodenentwicklung im Hinblick auf den Zuschnitt von Untersuchungsräumen und Teiluntersuchungsräumen (TUR). Herr Reiche erläutert die Ausweisung von Untersuchungsräumen (UR) sei auf Grundlage von § 3 Endlagersicherheitsuntersuchungsverordung (EndlSiUntV) erfolgt, während sich die Bezugsgröße der Teiluntersuchungsräume nicht unmittelbar aus der EndlSiUntV ableiten ließe, sondern im Rahmen der Methodenentwicklung von Seiten der BGE erarbeitet worden sei. Hierbei seien große Strukturen (geowissenschaftliche Charakterisierung), Störungszonen und Grenzen der Untersuchungsräume aus der Anwendung der Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen maßgeblich. Ziel sei es, kleinere, geologisch homogenere Gebiete zu erhalten. Teiluntersuchungsräume können sich überlagern wie im Beispiel der Teiluntersuchungsräume für die Staßfurt- und Werra-Folge.
681 682 683 684 685 686	Nachfolgend wird das Vorgehen im Hinblick auf die Ausweisung von Untersuchungsräumen und Teiluntersuchungsräumen anhand von Beispielen dargestellt. Wichtig ist der BGE zu zeigen, welchen Mehrwert die Teiluntersuchungsräume als räumliche Bezugsgröße und damit Grundlage für die Durchführung der rvSU darstellen. Teiluntersuchungsräume werden gebildet, um die rvSU in großen Untersuchungsräumen nachvollziehbarer zu machen. Dabei passe die Unterteilung in Teiluntersuchungsräume gut zu der übergeordneten Idee der zunehmenden Fokussierung des Verfahrens.



TOP 3 Vortrag Jürgen Voges

691

692

693

694

695

696

697

698

699

700

701

702

703

704

705

706

707

708

709

710

711

712

713

714

715

716

717

718

719

720

721

722

724

Herr Voges geht in seiner Analyse der Methodik des BGE auf folgende Fragen ein und wirft gleichzeitig grundsätzlich die Frage der Rechtskonformität des Vorgehens der BGE sowohl für den Zwischenbericht Teilgebiete als auch für das jetzige Vorgehen auf (Vereinbarkeit mit StandAG):

- Der Zwischenbericht Teilgebiete sei eine kursorische Arbeit, in der keine Verkleinerung der identifizierten Gebiete (IG) hin zu Teilgebieten (TG) erfolgte, also IG=TG.
- Im Rahmen der rvSU werden vier der 11 geowissenschaftlichen Abwägungskriterien angewendet, damit seien nicht alle geoWK gleichwertig behandelt worden.
- Wie viele Teiluntersuchungsräume erwarte die BGE auf der Grundlage der im Bericht ausgewiesenen Gesamtfläche der Teilgebiete? Er komme zu einer Annahme von ca. 800 Teiluntersuchungsräumen. Hieraus ergebe sich die Folgefrage nach dem Aufwand.
- Wie würden Teiluntersuchungsräume abgegrenzt, wenn es keine Störungszonen oder natürliche Strukturen gebe? Wie gehe die BGE mit homogenen Räumen um?
- Wie kommuniziere die BGE die Einordnung von Untersuchungsräumen in die Kategorien D, C, B und A in die Öffentlichkeit, insb. mit Blick auf den Ausschluss von Teilgebieten im Fortgang von Schritt 2 der Phase 1?
- Wie lange werde die BGE für die Durchführung der rvSU im Schritt 2 der Phase 1 brauchen? Er gehe davon aus, dass erst nach der übernächsten Bundestagswahl ein Vorschlag der BGE zu den Standortregionen vorliegen werde.

Auf diese Fragen geht die BGE wie folgt ein:

- Rechtskonformität: im Zwischenbericht Teilgebiete wurden die identifizierten Gebiete durch
 Anwendung der geoWK verkleinert, wodurch die Teilgebiete ausgewiesen werden konnten, d.h. IG
 nicht gleich TG; Geowissenschaftliche Kriterien fänden Anwendung, das Vorgehen folge einer klaren
 Systematik; rvSU erfolge auf Grundlage der Verordnungen, die Prüfschritte folgten einer fachlich
 sinnvollen Vorgehensweise, die sich aus den Kriterien der EndlSiUntV und EndlSiAnfV ableiten ließe.
 Eine Anwendung der geowissenschaftlichen Abwägungskriterien habe stattgefunden, jedoch seien
 nicht alle geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gleich wichtig. Dies entspräche der EndlSiUntV,
 die eine Relevanzgewichtung dieser Kriterien fordere. (§7 EndlSiUntV)
- Anzahl von Teiluntersuchungräumen: die Zahl von 800 Teiluntersuchungsräumen erscheine plausibel (in Hochrechnung), es seien vermutlich mehrere 100; die BGE denke nicht, dass der Aufwand durch die Teiluntersuchungsräume explodiere.
- Homogene Räume: Sofern diese für Untersuchungsräume bzw. Teiluntersuchungsräume vorlägen, bestehe keine Notwendigkeit, diese Teiluntersuchungsräume weiter zu unterteilen, ggf. fänden dann die planungswissenschaftlichen Kriterien Anwendung.
- Veröffentlichung: BGE überlege sukzessive Veröffentlichung von Zwischenergebnissen, ggf. im jährlichen Rhythmus.
- 723 Zeitdauer: dies wolle die BGE nicht kommentieren.

TOP 4 Diskussion in der Arbeitsgruppe

- Die Frage, ob und wann die BGE Zwischenstände zum Ausschluss von Gebieten der Kategorien D und C
- veröffentlichen würde, wurde mehrfach von verschiedenen Teilnehmenden, insbesondere von Vertreter:innen
- der Gebietskörperschaften gestellt. Hierzu wurde von Frau Weiss (BASE) klargestellt, dass diese
- 728 Vorabveröffentlichungen noch keine verbindliche Wirkung entfalten könnten, sondern nur vorläufigen



- 729 Charakter hätten. Die Vorschläge der BGE zur Kategorisierung von Gebieten bedürfe zunächst der Beteiligung
- insb. durch die Regionalkonferenzen, der Prüfung durch das BASE und der Befassung und eines Beschlusses
- 731 des Bundestages, um Verbindlichkeit zu erlangen.
- Auf die Frage eines Teilnehmers, warum bei einem Gebiet zur Methodenentwicklung (GzMe Opalinuston) nur
- 733 Teile in Bayern ausgeschlossen seien, stellte die BGE klar, dass es sich um eine rein geowissenschaftliche
- Auslegung und eben nicht politische Entscheidung handele. Diesbezüglich wurde gefordert, dass dies nach
- außen hinreichend nachvollziehbar sein müsse, um keine Missverständnisse zu erzeugen.
- 736 Eingebracht wurde auch der Hinweis, dass Flächen- und Raumbedarf für das Endlager bei der Ausweisung von
- 737 Teiluntersuchungsräumen beachtet werden sollten. Die BGE bestätigte, dass dies bereits erfolge.
- 738 Gefordert wurde, dass die Grenzen von Teiluntersuchungsräumen zukünftig in Karten so graphisch
- darzustellen, um die Abgrenzung von Teil-/Untersuchungsräumen methodisch (z.B. Interpolationsverfahren,
- 740 Maßstab) nachvollziehen zu können. Dieser Vorschlag wurde von der BGE als sinnvoll aufgegriffen.
- 741 Sonstiges
- 742 Im Nachgang bringt Frau Prof. Uthe den Antrag 14 als Antrag der Arbeitsgruppe im Plenum ein. In der AG war
- 743 dieser Vorschlag nicht diskutiert worden. Er bezieht sich auf die Frage, ob die BGE Zwischenstände zum
- Ausschluss von Gebieten der Kategorien D, C veröffentlichen würde.
- 745 Anlagen:
- Etherpad (siehe Seite 251)
- Vortrag von Dr. Sönke Reiche (siehe *Seite 244*)
- Präsentation der Zusammenfassung im Plenum
- 749 Antrag 14
- 750
- 751 2.3 AG 7 Methodenentwicklung: Wie geht die Methodik der repräsentativen vorläufigen
- 752 Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) auf Besonderheiten der verschiedenen Wirtsgesteine ein?
- 753 Ergebnisprotokoll
- 754 21.05.2022, 14:00 16:00 Uhr
- 755 Teilnehmende: In der Spitze nahmen 51 Personen digital und 30 Personen vor Ort an der Veranstaltung teil.
- Referent:innen: Dr. Matthias Bauer (BGE mbH), Reinhard Fink (BGE mbH), Lisa Seidel (BGE mbH), Dr. Matthias
- 757 Niemeyer
- 758 AG-Pat:innen: Andreas Fox (PFE), Fynn Sauerwein (PFE)
- 759 Moderation: Jacob Crone
- 760 TOP 1: Vortrag von Dr. Reinhard Fink (BGE mbH) siehe Seite 253
- 761 In dem Vortrag "Methodenentwicklung Eigenschaften der Wirtsgesteine und Konsequenzen für
- 762 geowissenschaftliche Bewertung und Endlagersysteme in den rvSU" (Anlage 1) stellt Herr Fink die
- 763 unterschiedlichen Eigenschaften der Wirtsgesteine mit ihren Vor- und Nachteilen dar. Die damit verbundenen
- 764 Konsequenzen für u.a. Prüfschritte im Rahmen der rvSU werden anhand von Beispielen aus dem Entwurf der
- 765 BGE mbH zu Methoden der rvSU beschrieben.



766 TOP 2: Co-Referat von Dr. Niemeyer siehe Seite 261

767 Die zentralen Punkte in dem Co-Referat "Wirtsgesteinspezifische

768 Herausforderung bei der Einengung von Teilgebieten zu Standortregionen"

von Herrn Dr. Niemeyer in Bezug auf die Methoden im Rahmen der rvSU

770 lauten, ob die Methoden der BGE mbH für eine Reduzierung der

771 Teilgebiete auf eine angemessene Fläche ausreichen und eine

ausreichende Differenzierung von Teiluntersuchungsräumen erlauben.

773 Darüber hinaus geht das Co-Referat auf die einzelnen Wirtsgesteine

und deren jeweilige Eigenschaften ein, beschreibt deren Risiken im

775 Zusammenhang mit der Bewertung im Rahmen der rvSU und

776 formuliert mögliche Konsequenzen durch die jeweiligen Risiken.

777 Zudem schlägt Herr Dr. Niemeyer vor, sich auf Gebiete mit guter

778 Datenlage zu konzentrieren. Gebiete mit schlechter Datenlage hätten

779 eine höhere Wahrscheinlichkeit sich bei Mitnahme später als Fehlgriff

780 herauszustellen. Ein weiterer Vorschlag lautet, sich nur auf ein

781 Wirtsgestein zu konzentrieren.



Abb. 2: Jacob Crone (Moderator AG7)

TOP 3 Diskussion

769

782

783

784

785

787

788

792

794

795

Die BGE mbH weist darauf hin, dass man im aktuellen Stadium des Verfahrens mit unterschiedlichen

Wissensständen arbeiten müsse. Erst mit der übertägigen Erkundung in Phase 2 der Endlagersuche werde ein

ähnlicher Wissensstand erreicht. Die Frage, ob vorgelagert zur übertägigen Erkundung, d.h. im Rahmen der

786 rvSU, Regionen mit einer schlechteren Datenlage möglicherweise mit geringerer Wahrscheinlichkeit später

einen geeigneter Standort darstellen könnten als gut erkundete Regionen und deshalb mit einer höheren Zahl

in das weitere Verfahren eingebracht werden sollten, sei aus Sicht der BGE mbH eine hypothetische Frage die

das Gesetz nicht vorsehe. Das BASE unterstreicht dies. Um Ungewissheiten zu reduzieren sehe das Gesetz die

790 Möglichkeit vor Forschungsbedarfe auszuweisen. Außerdem diene die Erkundung ebenso zur Reduzierung

dieser. Ein Teilnehmer weist generell darauf hin, dass spätere Rückschläge z.B. im Rahmen der späteren

übertägigen Erkundung nicht grundsätzlich negativ seien, ein wissenschaftsbasiertes Verfahren lerne durch

793 Rückschläge.

Auch für den Fall, dass am Ende der rvSU immer noch viele mögliche Regionen zur Auswahl stehen: Die BGE mbH sowie zahlreiche Teilnehmer:innen bekräftigen, dass es keine Priorisierungen auf bestimmte Regionen aus pragmatischen Gründen im Rahmen der rvSU geben dürfe (Mitteleinsatz, Zeit). Herr Dr. Niemeyer hatte

aus pragmatischen Gründen im Rahmen der rvSU geben dürfe (Mitteleinsatz, Zeit). Herr Dr. Niemeyer hatte den Ansatz formuliert, dass wenn z.B. zwei Regionen eine gleiche Bewertung im Rahmen der rvSU haben, eine

798 davon aber besser erkundet sei, die Möglichkeit bestünde, die Region mit schlechterer Datenlage zunächst im

Verfahren zurückzustellen. Die BGE mbH und Teilnehmer:innen weisen diesen Ansatz zurück: Das Gesetz sehe nicht vor, dass schlechter erkundete Regionen bzw. Regionen mit schlechterer Datenlage dadurch Nachteile im

801 Verfahren haben. Dies widerspreche dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Gebiete und würde der

Öffentlichkeit auch nur schwer vermittelbar sein. Die BGE weist außerdem noch darauf hin, dass nach den

803 rvSU in der darauffolgenden Geosynthese auch noch die geoWK und die planWK angewendet werden, um

günstige Regionen zu ermitteln, also TG weiter einzugrenzen.

Auf Nachfrage äußert die BGE mbH die Annahme, dass auch im Kristallin ein einschlusswirksamer

806 Gebirgsbereich gefunden werden könnte. Insbesondere ein Konzept des multiplen ewG sei denkbar.

807 Entscheidend sei hier das Kriterium einer möglichst geringen Gebirgsdurchlässigkeit. Der These von Herrn Dr.

Niemeyer, dass mit höherer Wahrscheinlichkeit im Tongestein ein sicherer Standort gefunden werden könnte,

809 stimmt die BGE mbH nicht zu.

810 Eingehender wurde problematisiert der Diapirismus ("Marmorkuchenproblem") in Salzstöcken, wo sehr

unterschiedliche Salzgesteine und Anhydritschichten miteinander verfaltet sind. Weitere Fragen an die BGE



812 gab es zum überlagernden ewG, zum Einfluss des Klimawandels und zur Erfahrung zu Infrastrukturprojekten in 813 großen Tiefen. 814 Anlagen 815 Folien Vortrag Dr. Fink (siehe Seite 253) 816 Folien Co-Referat Dr. Niemeyer (siehe Seite 261) 817 Etherpad (siehe Seite 265) 818 819 2.4 AG 8 Beteiligung: Kriterien guter Beteiligung in diesem komplexen, langwierigen Prozess und 820 deren Umsetzung wie Evaluation im Standortsuchverfahren 821 **Ergebnisprotokoll** 822 21.05.2022, 14-16:15 Uhr 823 Teilnehmende: Online nahmen in der Spitze ca. 40 Personen an der AG teil, ca. 20 Personen vor Ort 824 Referent:innen: Evelyn Bodenmeier (BASE), Hans Hagedorn (Partizipationsbeauftragter am NBG) 825 AG-Pat:innen: Asta von Oppen (PFE), Jörg Hacker (PFE) Moderation: Christoph Weinmann 826 827 **TOP 1 Begrüßung** 828 Der Moderator Herr Weinmann begrüßt alle Teilnehmer:innen und stellt Ziel und Ablauf der AG vor. Zum 829 Einstieg können sich die Teilnehmenden in Zweiergesprächen/Breakout-Rooms zu ihren Fragen und 830 Erwartungen an die Veranstaltung austauschen. 831 Parallel zur Sitzung steht das webbasierte Textdokument Etherpad zur Verfügung. Anhand dieses Dokuments 832 können Teilnehmende Fragen und Kommentare zu einzelnen Tagesordnungspunkten eingeben (Anlage 1). 833 Da die AG inhaltlich an die beiden Evaluationsworkshops im Vorfeld des Forums und die Diskussionen in der 834 AG 4 am Vormittag anknüpft, fragt der Moderator zum Einstieg, an welchen vorhergehenden Veranstaltungen 835 die Anwesenden teilgenommen haben: ca. 25 der insgesamt knapp 50 Personen haben an der AG 4 836 teilgenommen, ca. 13 an den Evaluationsworkshops. 837 TOP 2 Vorstellung der Diskussionsergebnisse der AG 4 (Jörg Hacker, PFE) 838 Jörg Hacker stellt die Ergebnisse der Diskussion der AG 4 vor, die in der AG 8 fortgesetzt werden sollen. In der 839 AG 4 hatte Hans Hagedorn einen Vorschlag mit vier Szenarien zur Weiterentwicklung des 840 Beteiligungsprototypen präsentiert. Nach dem Stand der Diskussion sei, so Hacker, Szenario 1 (jetziges Format 841 mit minimalen Anpassungen fortführen) keine reale Option mehr, da sich alle Beteiligten einig seien, dass die 842 Form der Zusammenarbeit verändert werden müsse. Szenario 2 (offene Plattform) und Szenario 3 (Rückkehr 843 zum Modell Fachkonferenz Teilgebiete) seien weiterhin zu diskutieren. Hinzu komme ein weiteres Szenario 4, 844 das Herr Hagedorn mündlich in seinem Vortrag in der AG 4 ergänzt habe: zunächst in eine Phase der Reflexion 845 einzusteigen und die bisherigen Erfahrungen und Konflikte auszuwerten, um dann im nächsten Schritt die 846 Form der Zusammenarbeit weiterzuentwickeln. Aus der Diskussion in AG 4 sei ein Vorschlag für die

Weiterentwicklung) einen Antrag an das PFE zu entwickeln. Eine erste Formulierung des Antrags lautet: "Im Herbst findet ein Workshop zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Standortsuche statt."

Fortsetzung der Diskussion in AG 8 entwickelt worden, um auf Grundlage von Szenario 4 (erst Reflexion, dann



- 850 TOP 3 Vortrag von Evelyn Bodenmeier (BASE) "Beteiligung lernen. Prinzipien und Kriterien guter Beteiligung
- in der Endlagersuche" siehe Seite 268
- 852 Evelyn Bodenmeier präsentiert in ihrem Vortrag die auf den Evaluationsworkshops im März und April 2022
- gemeinsam mit insgesamt ca. 110 Teilnehmenden entwickelten Prinzipien guter Beteiligung in einer auf sieben
- Punkte kondensierten Form. Das Standortauswahlgesetz setze den Rahmen für die Beteiligung und definiere
- das Ziel, einen breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Standortauswahl zu finden. Einen solchen Konsens
- könne es nur geben, wenn Dissense und Konflikte Teil des Prozesses seien. Das StandAG nenne darüber hinaus
- 857 explizit die Bürger:innen als Mitgestaltende des Verfahrens. In diesem Sinne seien auch die sieben Prinzipien
- guter Beteiligung (siehe Folie) gemeinsam entwickelt worden. Die Reihung der Prinzipien auf der Folie sei
- 859 willkürlich und habe keine wertende Bedeutung.

TOP 4 Kleingruppenarbeit

- 861 Unmittelbar im Anschluss an den Vortrag sind die Teilnehmenden aufgerufen, in einer 20-minütigen
- 862 Kleingruppenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien konkrete Ideen für die Umsetzung der Prinzipien zu
- entwickeln. Dabei sind sie freigestellt, die Diskussion aus der AG 4 aufzugreifen.
- 864 Ergebnisse der Kleingruppenarbeit:
- 1. Hans Hagedorn berichtet, seine Gruppe habe den Antragsentwurf diskutiert und schlage vor, diesen noch
- um den Auftrag an das PFE zur Umsetzung des weiterentwickelten Formats zu ergänzen. Der Vorschlag
- beinhalte auch, dass die Akteur:innen zunächst in eine Reflexionsphase eintreten, um die Erfahrungen im
- bisherigen Format zu analysieren und auszuwerten. Die Gruppe habe diskutiert, an welcher Stelle die
- 869 Öffentlichkeit in diesen Prozess einbezogen werden solle und gebe die Frage in die Runde.
- 2. Die zweite Gruppe, die aus Vertreter:innen diverser Gruppen und Akteur:innen, u.a. Bürger:innen, junge
- 871 Generation, NBG, BMUV und BASE, hat vor allem über die Themen Transparenz und Zugänglichkeit diskutiert.
- Von außen habe man das Gefühl, das Verfahren sei in guten Händen, insbesondere auch der Wissenschaft.
- 373 Jedoch müsse mehr Klarheit über die Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden und gut kommuniziert
- werden, dass Beteiligung wirklich erwünscht sei, um die Zugänglichkeit zu erhöhen.
- 3. Jörg Hacker berichtet aus seiner Gruppe, die vor allem über das Problem der Wissensvermittlung und
- 876 Transparenz diskutiert habe. Die Beteiligung solle stärker auf das Ziel der Standortsuche ausgerichtet werden.
- 877 Es bestehe eine Spannung zwischen der notwendigen Expert:innendiskussion und der Notwendigkeit,
- 878 möglichst große Teile der Bevölkerung über den Stand des Verfahrens verständlich zu informieren.
- 879 Transparenz sei dabei wichtig, könne aber auch zu einem Übermaß an Information führen. Die Gruppe schlägt
- 880 eine "Negativbrille" für die Weiterentwicklung des Prinzips Zugänglichkeit vor, unter der Fragestellung: Was
- darf hier nicht passieren?
- 4. Die vierte Gruppe identifiziert ein fehlendes Prinzip in der Liste: Offenheit für Konflikte und Dissense. Zudem
- schlägt sie ein Kriterium guter Beteiligung vor: das Aufnehmen der Eingaben aus der Beteiligung und deren
- 884 begründete Annahme oder Ablehnung.
- 885 5. Johannes Hunger berichtet über die Diskussion in seiner Gruppe zum Thema Zugänglichkeit und der
- 886 Grundproblematik der Wissensvermittlung auf unterschiedlichen fachlichen Niveaus. Das FE bilde eher eine
- Fachöffentlichkeit ab. Dies sei gut, stehe jedoch im Widerspruch zu dem formulierten Anspruch, die breite
- 888 Öffentlichkeit einzubeziehen. Es brauche Überlegungen zu den Zielgruppen.
- 889 6. In dieser Gruppe wurde Herr Watzels Vortrag als positives Beispiel für verständliche Wissenschaft diskutiert.
- 890 Man müsse unterschiedliche Gruppen an unterschiedlichen Punkten abholen. Dies sei insbesondere bei der
- Vorbereitung der Regionalkonferenzen zu beachten, da hier viel mehr Teilnehmende zu erwarten seien.



893 TOP 5 Diskussion

896

897

898

899

900

901

902

903

904

905

906

907

908

909

910

911

912

913

Asta von Oppen verspricht, die wichtigen Anregungen aus den Gruppen mit ins neue PFE zu nehmen und bei der Fortsetzung der Arbeit zu berücksichtigen.

Die folgende Diskussion befasst sich vor allem mit dem vorliegenden Vorschlag, einen Antrag an PFE und BASE zur Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung zu stellen. Frau von Oppen hält ein Plädoyer für die Sommerpause zur Reflexion in den Akteursgruppen und wirft die Frage auf, an welcher Stelle die Öffentlichkeit in diesen Prozess einbezogen werden solle. Johannes Hunger argumentiert, dass PFE sei mandatiert, sich selbst eine Arbeitsweise zu geben; eine weitere öffentliche Konsultation könne einen Bruch in der Kontinuität der Arbeit erzeugen. Hartmut Gassner unterstützt diese Argumentation und den Vorschlag, im Herbst nach einer Reflexionsphase das neue Format zu entwickeln und empfiehlt, den Antrag nicht mit zu vielen Details zu versehen. Ina Stelljes gibt zu bedenken, dass die Arbeit der BGE in dieser Zeit weitergeht und berücksichtigt werden müsse, dass schon im Frühjahr 2023 die nächsten Ergebnisse vorgestellt werden. Dagmar Dehmer folgt dem und weist darauf hin, dass es mit dem hier vorliegenden Antrag lange Zeit erneut allein Selbstfindung geben würde. Bereits im Herbst gebe es nächste Arbeitsfortschritte. Frau von Oppen erklärt, dass dies kein Widerspruch sei: Die inhaltliche Auseinandersetzung im Rahmen von Workshops, wie u.a. der aus AG 1 beantragte, könne parallel zur Selbstfindung weiterlaufen. Es folgt eine Diskussion mit Plädoyers für einen Evaluierungsworkshop am 29.6. (Evelyn Bodenmeier) und über konkrete Möglichkeiten, einen öffentlichen Workshop mit internen Sitzungen zu verknüpfen. Die AG einigt sich darauf, den Antrag offen zu formulieren und die konkrete Ausgestaltung der Umsetzung dem PFE zu übertragen. Die Pat:innen der AG werden gebeten, den Antrag in diesem Sinne auf Basis des Vorschlags aus der AG 4 auszuformulieren und einzureichen.

914 Sonstiges

Johannes Hunger stellt den Antrag der jungen Generation vor, die Altersgrenze von "unter 30" auf "unter 35"
 zu erhöhen, falls im ersten Wahlgang nicht alle 10 Plätze besetzt werden können. Die AG unterstützt diesen
 Antrag.

918 Anlagen

- Etherpad (siehe Seite 270)
- Folien Vortrag Evelyn Bodenmeier (siehe Seite 268)
- 921 Anträge der AG